

# **Sozial und Demokratisch.**

**Anpacken. Für Deutschland.**

**Das Regierungsprogramm der SPD  
Kurzfassung**

**SPD**



# Inhalt

<b>I. Ein neues Jahrzehnt</b>	2
Sicherheit und Gerechtigkeit: Handeln in der Krise	2
Neustart der Sozialen Marktwirtschaft	4
Unsere Ziele	5
<b>II. Unsere Politik</b>	7
1. Wohlstand erhalten und sichern	7
2. Deutschland als Pionier für nachhaltige Energiepolitik und Mobilität	9
3. Gute Arbeit sichern	12
4. Bildung ist Menschenrecht	16
5. Handlungsfähiger Staat – solidarisch finanziert	19
6. Sozialstaat – Fortschritt und Zukunft	22
7. Familien stärken – Gleiche Chancen für jedes Kind ermöglichen	25
8. Die Soziale Gesellschaft im Wandel	27
9. Die soziale Einheit vollenden	29
10. Sicher leben in Deutschland	30
11. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Umwelt und Natur	32
12. Kultur und Medien	33
13. Mehr Demokratie wagen	34
14. Für eine globale Verantwortungsgemeinschaft	34
15. Ein starkes und soziales Europa	36
16. Weltweit für Frieden und Abrüstung	38
<b>III. Eine solidarische Mehrheit</b>	39

# I. Ein neues Jahrzehnt

Am 27. September 2009 entscheidet sich, wer Deutschland in den nächsten vier Jahren regiert. Wem die Menschen sich anvertrauen. Welchem Kanzler sie zutrauen, dass er unser Land sicher durch die Krise führt, dass er für Arbeitsplätze kämpft und die Wachstumskräfte stärkt.

Aber es entscheidet sich noch viel mehr. Es geht darum, wie es im neuen Jahrzehnt nach der Krise in unserem Land weitergeht. Viele sagen: „Diese Krise war ein Betriebsunfall. Lasst ihn uns beheben, dann geht es weiter wie bisher.“ Diese Auffassung ist falsch! Denn diese Krise ist mehr als ein normaler Konjunkturbruch. Sie ist das Ergebnis einer Ideologie, bei der maximaler Profit und nicht der Mensch im Mittelpunkt steht. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf der ganzen Welt und unzählige Unternehmen müssen jetzt ausbaden, was andere bei ihrer bedenkenlosen Renditejagd hinterlassen haben. Die Aufgabe der Politik ist es, die Folgen zu bewältigen und eine Wiederholung dieser Krise auszuschließen. Das marktradikale Zeitalter ist gescheitert. Wir befinden uns in einer Zeitenwende.

## Sicherheit und Gerechtigkeit: Handeln in der Krise

Es waren maßgeblich Frank-Walter Steinmeier und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, die dafür gesorgt haben, dass ein Schutzschirm über Unternehmen und Arbeitsplätze gespannt wurde. Unsere Grundsätze bei der Bewältigung der Finanzkrise waren und sind:

- **Sicherheit schaffen.** Die Bundesregierung hat auf unsere Initiative hin die privaten Spareinlagen garantiert. Niemand muss sich Sorgen um seine Sparguthaben machen.

- **Impulse setzen.** Mit den beiden Konjunkturprogrammen in Höhe von mehr als 80 Milliarden Euro geben wir kräftige Impulse für das Wachstum, die vor allem in den Kommunen ankommen und Jobs bei kleinen und mittleren Unternehmen sichern.
- **Arbeit sichern.** Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz. Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes hat hunderte tausende Arbeitsplätze in Deutschland gesichert. Wir fördern die Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Qualifizieren statt Entlassen – das ist unser Prinzip. Wir werden die Angebote für Weiterbildung massiv ausbauen. Qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben eine bessere Zukunft.
- **Arbeitslose unterstützen.** Wir kümmern uns um diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Wir wollen, dass sie so schnell wie möglich wieder in Arbeit kommen. Wir brauchen deshalb mehr Vermittlerinnen und Vermittler bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern – und bessere Vermittlung. Qualifizierungsmöglichkeiten für Arbeitssuchende müssen zügig und zielgenau eingesetzt werden. Wo in Unternehmen trotz aller Anstrengungen der Arbeitsplatzabbau nicht verhindert werden kann, helfen Transfergesellschaften. Wir werden sicherstellen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Transfergesellschaften eine intensive Unterstützung und Qualifizierung erhalten.
- **Lasten gerecht verteilen.** Die Lasten der Krise dürfen nicht einseitig den Bürgerinnen und Bürgern aufgebürdet werden. Wir brauchen einen solidarischen Lastenausgleich, der die für die Krise Verantwortlichen und die Vermögenden an der finanziellen Bewältigung der Lasten beteiligt.

- **Neue Regeln durchsetzen.** Die Finanzmärkte brauchen neue Regeln. Wir haben im nationalen Rahmen erste Regeln durchgesetzt und erreichen nun auch – nach vielen Jahren Anstrengungen sozialdemokratischer Finanzminister – Fortschritte im internationalen Rahmen. Aber es wird noch ein langer Weg sein, bis der Primat der Politik durchgesetzt ist.

## Neustart der Sozialen Marktwirtschaft

Doch die Antwort auf den entfesselten Kapitalismus des 21. Jahrhunderts muss über die Bewältigung der Krise hinausgehen. Wir wollen einen Neustart der Sozialen Marktwirtschaft. Diesem legen wir klare Prinzipien zugrunde:

- Märkte müssen in eine **starke und solidarische Gesellschaft** eingebettet sein. Unsere Wirtschaft braucht eine Gesellschaft der gleichen Rechte und gleichen Chancen. **Mitbestimmung** in Betrieb und Unternehmen ist ein unverzichtbarer, stabiler Erfolgsfaktor.
- Ein **handlungsfähiger Staat**, der den Bürgern Sicherheit bietet und eine starke **öffentliche Daseinsvorsorge** garantiert.
- Die faire Teilhabe der Arbeitnehmer am gesellschaftlichen Wohlstand und eine **gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen** – aus sozialen und aus volkswirtschaftlichen Gründen.
- **Das Prinzip „Investition statt Spekulation“.** Artikel 14 unseres Grundgesetzes besagt: „Eigentum verpflichtet.“ Darum sind Regeln erforderlich, die darauf hinwirken, dass Kapital „produktiv“ verwendet wird und den Interessen des Gemeinwohls dient.

- **Öffentliche Zukunftsinvestitionen** spielen eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationskraft mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden.
- Deutschland ist eine starke Exportnation und soll es bleiben. Doch ebenso wichtig ist die Kaufkraft im Inneren. Wir brauchen eine **Balance aus Exportstärke und Binnenmarkt**.
- Eine **Kultur der Langfristigkeit und Nachhaltigkeit**. Die Soziale Marktwirtschaft muss Rahmen und Anreize für die Marktteilnehmer so setzen, dass wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltiges Verhalten sich mehr auszahlt als nicht nachhaltiges Verhalten.
- Ein **fairer Wettbewerb um bessere Ideen und Produkte**. Wo um niedrige Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen konkurriert wird, verlieren am Ende alle.
- Die **Garantie sozialer Bürgerrechte** durch solidarische Sozialversicherungen, ein gebührenfreies Bildungssystem und ein Mindestlohn für Arbeit.
- Diesen Grundprinzipien einer Sozialen Marktwirtschaft wollen wir auch auf **europäischer und internationaler Ebene** Geltung verschaffen.

## Unsere Ziele

Frank-Walter Steinmeier soll Kanzler der Bundesrepublik Deutschland sein – der vierte sozialdemokratische Kanzler in unserer Geschichte. Vor ihm haben Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder die Republik mitgeprägt, in schwierigen Zeiten Verantwortung übernommen und Mut bewiesen.

Das neue Jahrzehnt stellt uns vor viele Aufgaben. Aber **acht Ziele** stehen für uns im Mittelpunkt:

- 1** Alle sollen Arbeit haben, gerecht entlohnt.
- 2** Alle Jugendlichen sollen einen Schulabschluss und Bildungsabschluss haben.
- 3** Wir wollen die Klimaziele erreichen und die umfassende ökologische Modernisierung der Infrastruktur, der Gebäude, des Kapitalstocks in unserem Land voranbringen.
- 4** Wir wollen Familien stärken. Sie sind die wichtigste soziale Einheit in unserer Gesellschaft.
- 5** Wir wollen die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen weiter voranbringen.
- 6** Integration ist eine zentrale Aufgabe für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Ihr Gelingen entscheidet sich in den Städten und Gemeinden. Besonders die Kinder und Jugendlichen wollen und müssen wir erreichen.
- 7** Europa soll nicht nur wirtschaftlich stark sein, sondern eine klare soziale Ordnung haben.
- 8** Wir wollen einen Neustart der Sozialen Marktwirtschaft.



## II. Unsere Politik

### 1. Wohlstand erhalten und sichern

Deutschland soll auf Dauer ein Land hohen Wohlstands sein. Die Quellen unseres Wohlstands sind vor allem Qualifikationen, Ideen, Wissen, Kreativität, gut ausgebildete Fachkräfte und die Neugier auf Neues.

**Wir wollen eine Wirtschaft, die auf zwei stabilen Säulen steht: einem innovativen, produktiven Exportsektor und einem starken Binnenmarkt.** Darum machen wir eine Wirtschaftspolitik, die die zentralen volkswirtschaftlichen Ziele in eine neue Balance bringt: mehr zielgerichtete öffentliche Investitionen und Abbau der Staatsverschuldung, internationale Wettbewerbsfähigkeit und starke Binnennachfrage durch gerechte Einkommensverteilung, Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit.

Nachhaltiges Wachstum und Stabilität erreichen wir durch eine Wirtschaftspolitik, die das Ganze in den Blick nimmt. Dafür brauchen wir eine **aktive Konjunkturpolitik**. Wir stehen für eine konjunkturgerechte Schuldenregel, die das Defizit von Bund und Ländern begrenzt, aber größere Spielräume in konjunkturellen Abschwüngen und besonderen Krisensituationen vorsieht.

Unser zentrales Ziel bleibt **Vollbeschäftigung**. Alle Menschen müssen ihren eigenen Lebensunterhalt durch gerecht bezahlte Arbeit verdienen können. Wir werden durch Industrie- und Dienstleistungspolitik dazu beitragen, neue Arbeitsplätze unter anderem in den Bereichen der Umwelttechnik, den sozialen und personbezogenen Dienstleistungen und in der Kreativwirtschaft zu schaffen.

Wir fördern **Mittelstand und Unternehmertum**. Wir wollen für einen sicheren Kapitalzugang für den Mittelstand sorgen. Für Existenzgründerinnen und Existenzgründer werden wir flächendeckend neue Anlaufstellen in Form eines One-Stop-Shops schaffen und ihnen den Zugang zu Wagniskapital erleichtern. Das Modell des High-Tech-Gründerfonds wollen wir stärken und ausdehnen.

Wir brauchen **neue Regeln für die Finanzmärkte**. Die Finanzdienstleister müssen wieder zu ihrer dienenden Funktion für die Gesellschaft und die Realwirtschaft zurückfinden. Kurzfristige und spekulative Beteiligungen zu Lasten von Standorten und Arbeitsplätzen lehnen wir ab. Zur Eindämmung kurzfristiger Spekulationen wollen wir eine **Börsenumsatzsteuer** einführen.

Kein Markt, kein Produkt, kein Akteur, kein Territorium und kein Staat darf in Zukunft unbeaufsichtigt bleiben. Auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene muss es eine **starke und handlungsfähige Finanzmarktaufsicht** geben. Wir fordern eine lückenlose Überwachung von Hedge-Fonds und Private Equity und unabhängiger Rating-Agenturen. Zu starke Verschuldung von Unternehmen durch Fonds muss unterbunden werden. Wir wollen eine **konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung** und der Verlagerung von Geldern in Steueroasen.

**Unternehmen müssen langfristig wirtschaften und sich auch am Gemeinwohl orientieren**. Die Einflussnahme auf Unternehmen sollte nicht im kurzfristigen Profitinteresse erfolgen. Für Aktiengesellschaften wollen wir gesetzlich festschreiben, dass diese nicht nur ihren Aktionären verpflichtet sind. Das volle Stimmrecht für Aktionäre auf Hauptversammlungen sollte daher an eine Mindesthaltedauer der

Aktien von einem Jahr geknüpft werden. **Managergehälter müssen begrenzt werden.** Wir wollen, dass Vorstandsvergütungen und -abfindungen oberhalb einer Höhe von einer Million Euro nur noch zur Hälfte steuerlich geltend gemacht werden können.

Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und schützen. Für einen **verbesserten Verbraucherschutz** werden wir einen **Finanzprodukte-TÜV** einrichten.

Verbraucher sollen auch darauf vertrauen können, dass Lebensmittel gesund, Geräte sicher und Telefone keine Kostenfallen sind. Wir wollen die Ampelkennzeichnung für Nährwerte bei Lebensmitteln, klare Aussagen über Inhalte, Eigenschaften und Herkunft von Produkten und eine verbesserte Kennzeichnung von Erzeugnissen, die von mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefütterten Tieren stammen.

## 2. Deutschland als Pionier für nachhaltige Energiepolitik und Mobilität

Wir stehen vor einer doppelten Herausforderung: einerseits die weltweite Finanzkrise, andererseits die Klima- und Umweltkrise. Beide Krisen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Im Zentrum unserer Wirtschaftspolitik stehen darum Arbeit, Umwelt und Innovation. Unser Konzept ist die **ökologische Industriepolitik**. Sie macht die deutsche Wirtschaft unabhängiger von den Preisentwicklungen an den Rohstoffmärkten.

Der **Energiemix der Zukunft** muss sauber, sicher und bezahlbar sein. Wir müssen mittelfristig unabhängig von Ölimporten werden. Darum wollen wir „weg vom Öl“.

Wir werden den **Ausbau der Erneuerbaren Energien** konsequent voranbringen und einen Nationalen Aktionsplan Erneuerbare Energien vorlegen. Ein Klimaschutz-Innovationsfonds soll zukünftig Risikokapital für innovative Klimaschutztechnologien zur Verfügung stellen.

Die wichtigste Energie der Zukunft ist diejenige, die nicht verbraucht wird. Wir brauchen eine **Energiesparoffensive**. Wir wollen im Steuerrecht klare und verlässliche Anreize für Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien

### Die Klima- und Energiewende – Unsere Ziele

Um den Klimawandel aufzuhalten, wollen und müssen wir die CO<sub>2</sub>-Emissionen (vom Jahr 1990 ausgehend) erheblich reduzieren:

- Um 40 Prozent bis zum Jahr 2020
- Um 80 – 95 Prozent bis zum Jahr 2050

Diese Ziele erreichen wir durch den Umbau unserer Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien, die Steigerung der Energieeffizienz und mehr Energieeinsparung.  
Unsere Ziele:

- Steigerung des Anteils der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung: Im Jahre 2020 soll er bei mindestens 35 Prozent liegen, im Jahr 2030 bereits bei 50 Prozent.
- Bis 2020 wollen wir die Energieproduktivität gegenüber 1990 verdoppeln – durch den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und energiesparende Geräte und Fahrzeuge.

schaffen. Die Einnahmen aus der Versteigerung der Emissionszertifikate werden wir für Klima- und Umweltschutzmaßnahmen nutzen.

Die Nutzung der Atomenergie birgt zu große Risiken. Die Frage der Endlagerung des Atom Mülls ist bis heute ungelöst. Darum wird der **Atomausstieg** umgesetzt.

Das international vereinbarte Ziel, die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Industriestaaten bis 2050 gegenüber 1990 um 80 – 95 Prozent zu reduzieren, ist nur erreichbar, wenn wir jetzt in die Modernisierung unserer Kohle- und Gaskraftwerke investieren. Der Emissionshandel ist das zentrale Instrument, um **neue Investitionen in hochmoderne, effiziente, fossile Kraftwerke** zu ermöglichen. Wir beabsichtigen, die Technologie zur Abscheidung von Kohlendioxid in Deutschland weiterzuentwickeln. Dabei soll die Wiederverwendung Vorrang vor der Endlagerung haben und die Unternehmen müssen auf der Grundlage der höchsten Umweltstandards die Langzeitsicherheit der Speicher gewährleisten. Wir werden eine umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Genehmigung sicherstellen. Wir wollen, dass die Revisionsklausel für den Deutschen Steinkohlebergbau rechtzeitig vor 2012 wirksam gemacht und so das faktische Auslaufen des Steinkohlebergbaus verhindert wird.

Wir wollen **Mobilität umweltfreundlich und bezahlbar** gestalten. Wir wollen mehr **Verkehr von der Straße auf die Schiene** verlagern. Die Bahn muss stark, wettbewerbsfähig und kundenfreundlich sein. Eine Zerschlagung der Deutschen Bahn AG lehnen wir ab. Die Bahn soll auch künftig als integrierter Konzern bestehen bleiben. Wir werden die ausreichende finanzielle Ausstattung der Bahn in der kommenden Legislaturperiode gewährleisten. Deshalb findet eine Kapitalprivatisierung nicht statt, auch nicht teilweise.

Der Autoverkehr wird der Tatsache knapper werdenden Öls Rechnung tragen müssen. Wir wollen, dass das **Auto der Zukunft** in Deutschland entwickelt wird und flächendeckend zum Einsatz kommt.

Wir wollen eine stärkere Berücksichtigung sozialer und umweltpolitischer Aspekte bei der **Entfernungspauschale** mit dem Ziel umsetzen, dass alle Pendler gleich behandelt werden und unabhängig vom Einkommen pro Kilometer die gleiche Rückerstattung erhalten.

### 3. Gute Arbeit sichern

Wir sind die Partei der Arbeit. Wer sich anstrengt, muss etwas davon haben. Leistung muss sich lohnen – diese Forderung ist für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer richtig. Wer sich Mühe gibt, muss damit sein Leben verbessern können und darf nicht auf unüberwindbare Hürden stoßen. Das Aufstiegsversprechen unserer Gesellschaft gilt. Niemand darf am Wegesrand zurückbleiben. Wir stehen solidarisch füreinander ein und helfen denen, die nicht alleine mit Arbeit ihr Leben bestreiten können.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alle Menschen Arbeit haben. Unser Ziel bleibt darum **Vollbeschäftigung**. Aber wir wollen **Gute Arbeit**: Arbeit, die fair bezahlt ist, nicht krank macht, Möglichkeiten zur Weiterbildung eröffnet und familienfreundlich gestaltet ist.

Wir wollen **Arbeitnehmerrechte erhalten und stärken**. Der Schutz vor Kündigung und das Recht auf die Wahl von Betriebsräten sind für die SPD unverzichtbare Rechte.

Wir werden die Tarifautonomie in Deutschland und Europa verteidigen und Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu einem zentralen Kriterium machen. Als Lohnuntergrenze wollen wir einen **allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn**. 7,50 Euro sind für uns eine sinnvolle Orientierungsmarke.

Wir wollen ein **Arbeitnehmerdatenschutzgesetz**, das die Rechte der Beschäftigten sichert.

Wir wollen Arbeitnehmer bei Insolvenzen besser schützen und durch Gesetz klarstellen, dass in der Insolvenz der Lohn für bereits geleistete Arbeit nicht missbräuchlich entzogen werden darf.

Wir werden **Leiharbeitsverhältnisse rechtlich besser absichern**. Nach einer angemessenen Einarbeitungszeit im Unternehmen muss gelten: gleicher Lohn für Leiharbeiter und regulär Beschäftigte.

**Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen, starke Gewerkschaften und Tarifautonomie sind in der Sozialen Marktwirtschaft unverzichtbar.** Im Vorfeld der Betriebsratswahlen 2010 werden wir eine Kampagne zur Gründung von Betriebsräten starten. Wir wollen Beteiligungsrechte erweitern. Feindliche Übernahmen dürfen kein mitbestimmungsfreier Raum mehr sein. Wir wollen künftig die Mitbestimmung auch bei Fragen der Ausbildung und Weiterbildung im Betrieb ausbauen. Auch die Mitbestimmung beim Einsatz von Zeitarbeit muss gestärkt werden. Die Umgehung der Mitbestimmung durch Auslagerung in faktisch beherrschte Tochterunternehmen, durch die Wahl der Rechtsform und durch Auslandsgesellschaften mit Verwaltungssitz in Deutschland wollen wir beenden.

Wir wollen die **Gleichstellung von Männern und Frauen im Erwerbsleben**. Darum werden wir dafür sorgen, dass sich die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen schließt. Wir werden mit verbindlichen Regelungen und Zielvorgaben dafür sorgen, dass Frauen und Männer gleiche Aufstiegschancen in den Unternehmen haben und der Frauenanteil in den Führungspositionen deutlich erhöht wird. Zukünftig soll in den Aufsichtsgremien von Unternehmen eine Frauenquote von mindestens 40 Prozent gelten. Und wir werden Maßnahmen ergreifen, dass Teilzeitbeschäftigung nicht in eine Sackgasse führt.

Wir wollen die **Chancen auf gute Ausbildung und berufliches Fortkommen** verbessern. Wir werden das duale System stärken und die Ausbildungsberufe modernisieren. Wir wollen mehr Ausbildungsangebote, die eine betriebliche Ausbildung mit einem akademischen Studium verbinden. Wir wollen eine Berufsausbildungsgarantie für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben. Berufstätigen mit Ausbildung wollen wir gezielt den Zugang zu den Hochschulen und Universitäten öffnen. Aber es soll auch jeder ohne Abschluss eine zweite Chance bekommen. Deshalb wollen wir das Recht einführen, den Schulabschluss jederzeit gefördert nachholen zu können.

Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer **Arbeitsversicherung** weiterentwickeln, die Arbeitslosigkeit nicht nur schnell beendet, sondern durch berufsbegleitende Weiterbildung hilft, sie zu vermeiden. Damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer souverän mit ihrer Zeit umgehen können, wollen wir ermöglichen, dass sie Wertguthaben ansparen und im Laufe ihres Berufslebens flexibel entnehmen können.



Wir wollen, dass Deutschland die **weltweit beste Arbeitsvermittlung** hat. Wir werden schnellstmöglich eine verfassungskonforme Nachfolgeregelung für die Arbeitsgemeinschaften von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen schaffen. Wir werden die Zahl der Arbeitsvermittlerinnen und -vermittler in Zeiten der wirtschaftlichen Krise aufstocken. Die Förderinstrumente werden wir verbessern.

### Von der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung

Wir wollen die bestehende Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umbauen. Die Grundidee dieser Arbeitsversicherung ist, dass der Schutz bei Arbeitslosigkeit durch einen stärkeren Schutz vor Arbeitslosigkeit erweitert wird. Dies soll auch durch den neuen Begriff „Arbeitsversicherung“ deutlich werden. Jede und jeder soll einen Rechtsanspruch auf Weiterbildungsberatung erhalten. Dazu sollen vor Ort Beratungsstellen angesiedelt werden. Auf freiwilliger Basis wird in einem Kompetenzcheck geklärt, welche Stärken und Schwächen der Einzelne hat. Anschließend wird in einem individuellen Weiterbildungsplan festgelegt, welche Qualifizierungsmaßnahmen sinnvoll sind, um die Qualifikation zu erhalten oder auszubauen. Die staatliche Förderung der Weiterbildung wird ausgebaut. Das Ziel ist, durch Stärkung der individuellen Qualifikation die Chancen auf dem Arbeitsmarkt deutlich zu erhöhen.

Menschen in Arbeitslosigkeit dürfen nicht in Armut abrutschen. Es wird auch weiterhin eine **regelmäßige Überprüfung der Regelsätze des Arbeitslosengeldes II** und gegebenenfalls eine bedarfsgerechte Erhöhung geben. Vermögen, das der privaten Altersvorsorge dient, wird nicht auf das Arbeitslosengeld II angerechnet. Voraussetzung ist, dass unwiderruflich mit Beginn des Ruhestandes eine monatliche Rente garantiert wird.

**Humane Arbeitsbedingungen** sind wichtig zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit. Wir brauchen eine neue Kultur der Arbeit, die mit den Lebenszyklen in Einklang steht. Arbeit muss zeitlich gesundheitsverträglich gestaltet werden. Das gilt gerade für Schicht- und Wochenendarbeit.

#### 4. Bildung ist Menschenrecht

Bildung ist ein Menschenrecht. Jeder Mensch hat das **gleiche Recht auf eine gute Bildung** – als Grundlage für ein erfülltes Leben und als Eintrittskarte für gute, qualifizierte Arbeit. Das gilt unabhängig von der Herkunft, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Bildung als Menschenrecht ist die Voraussetzung für echte Chancengleichheit. Solange in unserem Bildungssystem Hürden für benachteiligte Menschen bestehen, bleiben die Chancen ungerecht verteilt. **Jeder und jede soll einen Schul- und Berufsabschluss haben.**

Das Menschenrecht auf Bildung können wir nur gemeinsam verwirklichen. Kinder und Eltern fragen nicht, welche politische Ebene für ihre Bildung zuständig ist. Kinder brauchen qualifizierte und motivierte Lehrkräfte, eine gute Ausstattung mit Lehrmitteln und renovierte Klassenzimmer. Der notwendige Qualitätssprung im Bildungswesen wird nur gelingen,

wenn **Bund, Länder und Kommunen gemeinsam handeln** und alle Glieder der Bildungskette ineinander greifen. Wir wollen im Grundgesetz die Voraussetzungen dafür schaffen, dass eine solche Kooperation möglich ist.

## **Bildung ist Menschenrecht.**

### **Unsere Ziele**

Mehr und bessere Bildung zu ermöglichen ist eine große Aufgabe für Bund, Länder und Kommunen. Wir stecken uns klare Ziele:

- 600.000 Ausbildungsplätze für 2009.
- Gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule.
- Erhöhung der Ausgaben für Bildung und Forschung bis 2015 auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Einen Finanzierungsbeitrag leistet der „Bildungssoli“.
- Jährlich 10 Prozent weniger Schulabbrecher.
- Recht auf Kita-Platz ab dem 1. Geburtstag bis 2013, in Zukunft ein Recht auf Ganztagsbetreuung.
- Berufsausbildungsgarantie für alle, die älter sind als 20 Jahre.
- 275.000 zusätzliche Studienplätze bis 2015.
- Erhöhung der Studienanfängerquote auf über 40%.
- Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung bis 2015 auf mindestens 50%.
- 40 % des wissenschaftlichen Personals an den Hochschulen bis 2020 durch Frauen besetzen.

Wir brauchen einen **neuen Bildungskonsens**. Unser Ziel: bis 2015 mindestens 7 Prozent des BIP für Bildung und 3 Prozent für Forschung und Entwicklung. Gerade in der Krise kommt es darauf an, dass wir ausreichend Geld in die Bildung investieren. Darum werden wir einen „**Bildungssoli**“ auf **sehr hohe Einkommen** einführen.

Eine **gute Ausbildungsförderung** sorgt für mehr Gerechtigkeit in der Bildung. Schüler und Schülerinnen aus einkommensschwachen Familien sollen auf dem Weg zum Abitur ab ihrem Eintritt in die gymnasiale Oberstufe ein Schüler-BAföG erhalten. Wir werden das Studierenden-BAföG so ausweiten, dass Studieren auch in späteren Phasen der Erwerbsbiografie möglich wird. Dazu gehört, dass auch Teilzeitstudiengänge und weiterbildende Master-Studiengänge gefördert werden können. Die Regelungen des Meister-BAföG und des BAföG werden wir in einem Erwachsenenfortbildungsgesetz zusammenfassen.

Wir haben dafür gesorgt, dass es ab 2013 für jedes Kind vom ersten Geburtstag an einen Rechtsanspruch auf Betreuung gibt. Wir wollen daraus ein **Recht auf Ganztagsbetreuung** machen. Wir brauchen einen besseren Personalschlüssel in Krippen, Kindertagesstätten und in der Tagespflege und mittelfristig vollständige **Gebührenfreiheit**. Wir wollen Erziehungsarbeit aufwerten, für eine bessere Aus- und Weiterbildung für Erzieherinnen und Erzieher sorgen und damit die Voraussetzungen für eine angemessenere Bezahlung verbessern.

Wir wollen alle Kinder fördern: Kein Kind darf zurückgelassen werden. Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen können. Das werden wir mit einer besseren individuellen Förderung verbinden. Wir wollen langfristig das gegliederte Schulwesen überwinden. Wir werden das Angebot

an **Ganztagschulen** flächendeckend ausbauen. Alle Kinder in Ganztagschulen und Kitas sollen an einem gesunden Mittagessen teilnehmen können.

Unser Ziel ist es, die Zahl der Schulabbrecher drastisch zu reduzieren. Schulen die besondere Integrationsleistungen erbringen, müssen mehr Unterstützung erhalten und mindestens eine/n **Schul-Sozialarbeiter/in** erhalten.

Wir wollen, dass mehr Menschen studieren können. Darum halten wir an dem Ziel fest, die **Zahl der Studienplätze zu erhöhen**. Wir wollen, dass mehr Fachkräfte ohne Abitur studieren können und werden den Zugang zu den Hochschulen für diese Personengruppe weiter öffnen.

Ein Studium darf nicht am Geld scheitern. Wir stehen für ein **gebührenfreies Erststudium** bis einschließlich zum Master.

Wir wollen Deutschland als Wissenschaftsstandort stärken, die Exzellenzinitiative über das Jahr 2011 hinaus fortsetzen, den **Pakt für Forschung** weiterentwickeln und die Juniorprofessur ausbauen. Wir wollen den Frauenanteil des wissenschaftlichen Personals bis 2020 auf 40 Prozent erhöhen. Dafür planen wir ein Professorinnen-Programm sowie ein Investitionsprogramm für Kindertagesstätten und Krippen an den Hochschulen.

## 5. Handlungsfähiger Staat – solidarisch finanziert

Um wichtige Investitionen vor allem in Bildung, Familien, Forschung, Infrastruktur, Kultur oder Sicherheit zu ermöglichen, ist der Staat auf solide und stabile Einnahmen angewiesen. Wir stehen dafür, dass sich die Gesamtsteuerlast gerecht nach Leistungskraft verteilt. Das heißt für uns: Dass Vermögende einen ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden steuerlichen Beitrag

zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten, ist sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig.

Eine verantwortungsvolle Haushalts- und Finanzpolitik muss akzeptieren, dass es auf absehbare Zeit keinen Spielraum für allgemeine Steuersenkungen gibt. Wir wollen die Entlastungen daher auf die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen sowie die Familien konzentrieren.

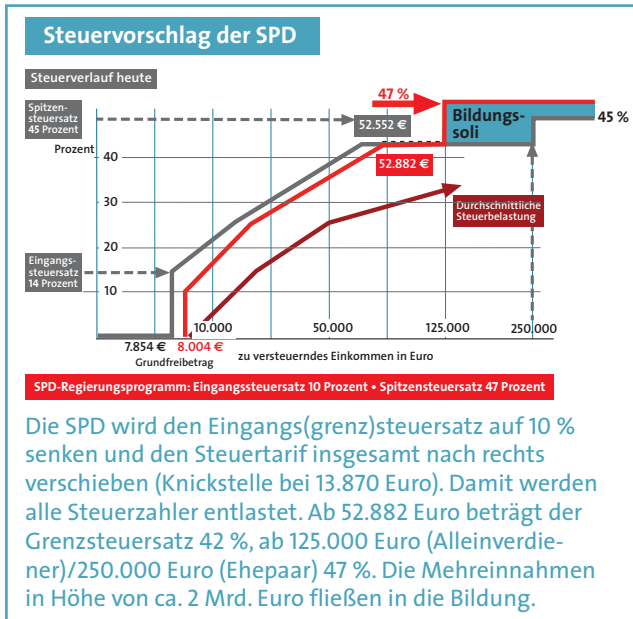
Wir bieten allen 30 Millionen Lohnsteuerpflichtigen an, künftig per Postkarte an das Finanzamt auf die jährliche Einkommensteuererklärung verzichten zu können. Damit sich das für die Steuerzahler rechnet, erhalten Ehepaare einen **Lohnsteuer-Bonus** in Höhe von 600 Euro pro Jahr und Singles in Höhe von 300 Euro.

#### Der Lohnsteuerbonus der SPD

Der Lohnsteuerbonus ist ein ergänzendes, freiwilliges Angebot für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Jeder Lohnsteuerpflichtige kann als Option den Lohnsteuerbonus vom Staat bekommen, wenn er auf die Abgabe einer Einkommensteuererklärung verzichtet. Der Bonus entlastet vom komplizierten Lohnsteuerausgleichsverfahren. Er bringt oft einen finanziellen Vorteil: Für einen kinderlosen Alleinverdiener mit 40.000 Euro Bruttoverdienst lohnt es sich bei Werbungskosten in Höhe von bis zu 1.795 Euro.

Der Bonus wirkt wie eine pauschale Erstattung von Sozialversicherungsabgaben. Auch Eheleute, die beide berufstätig sind, können den Bonus bekommen, dafür müssen sie aber die Steuerklasse IV wählen und ggf. das neue entlastende Faktorverfahren anwenden. Wer neben seinem Lohn noch Kapitaleinkünfte hat (z.B. Zinsen vom Sparbuch), kann trotzdem die pauschale Erstattung wählen.

Wir werden den **Eingangssteuersatz von 14 Prozent auf 10 Prozent** absenken. Durch den neuen Steuertarif stellen wir untere und mittlere Einkommen bis zu einem versteuernden Einkommen von 52 882 Euro (Verheiratete 105 764 Euro) besser.



Wir werden den Kinderfreibetrag von 3864 Euro um weitere 200 Euro je Kind ab dem 1. Januar 2010 erhöhen. Wir wollen zudem mittelfristig den Familienleistungsausgleich durch die **Einführung eines Kindergrundfreibetrags** so umgestalten, dass die Wirkung für alle Familien gleich ist – gleichgültig, ob sie mehr oder weniger Einkommen haben.

Unser Einkommenssteuerrecht zementiert mit dem Ehegattensplitting und der Steuerklasse V die alten Rollenmuster. Wir wollen das **Ehegattensplitting** so verändern, dass für beide Partner Erwerbsanreize gegeben sind.

Die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise verlangt unserer Gemeinschaft enorme Lasten ab. Darum wollen wir einen **solidarischen Lastenausgleich**. Um die Ausgaben für Bildung zu erhöhen, schlagen wir einen Zuschlag als „**Bildungs-soli**“ bei der Besteuerung höchster Einkommen vor. Dabei wird der Steuersatz für Spitzenverdiener ab einem zu versteuernden Einkommen von 125 000 Euro (Verheiratete 250 000 Euro) von 45 auf 47 Prozent angehoben. Auch zur Eindämmung kurzfristiger Spekulationen wollen wir eine **Börsenumsatzsteuer** einführen. **Steuerhinterziehung bekämpfen wir**. Die Staatengemeinschaft muss dazu gebracht werden, sich an die internationalen Standards des Informationsaustausches im Besteuerungsverfahren zu halten. Wer seine Gewinne in Deutschland erwirtschaftet, soll hierzulande seine Steuern zahlen. Deshalb bekämpfen wir den internationalen Steuerbetrug und schädlichen Steuerwettbewerb.

## 6. Sozialstaat – Fortschritt und Zukunft

Der Sozialstaat ist organisierte Solidarität: Er gründet sich darauf, dass Menschen füreinander eintreten – Starke für Schwache, Junge für Alte, Gesunde für Kranke und Pflegebedürftige, Arbeitende für Arbeitsuchende.

Arbeitswelt und Gesellschaft verändern sich. Damit die Systeme der sozialen Sicherung diese Aufgaben auch in Zukunft erfüllen können, müssen wir sie an veränderte Bedingungen anpassen.



Der Umbau der sozialen Sicherung hin zu **Bürgersozialversicherungen** ist unser Leitprinzip. Am Ende soll ein Sozialstaat stehen, der alle Bürgerinnen und Bürger bei der Absicherung von Gesundheit und Pflege und alle Erwerbstätigen bei der Alterssicherung und der Absicherung von Arbeitslosigkeit in die Solidarität einbezieht. In die Rentenversicherung wollen wir zunächst alle Solo-Selbstständigen einbeziehen, sofern sie nicht eine der gesetzlichen Rentenversicherung vergleichbare Altersversorgung haben.

Um in einer Gesellschaft mit immer mehr alten Menschen keine Generation zu überfordern, waren die Veränderungen im Rentenrecht unumgänglich. Hierzu gehört auch die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029. Wir wissen aber auch, dass die Menschen während ihrer Erwerbsphase unterschiedlichen Belastungen ausgesetzt sind und die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch weiter verbessert werden muss.

Wir wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Zukunft **mehr Flexibilität beim Übergang vom Erwerbsleben in die Rente** ermöglichen: Die geförderte **Altersteilzeit** werden wir bis 2015 verlängern, wenn ein Unternehmen eine frei werdende Stelle mit einem Auszubildenden oder Ausbildungsabsolventen neu besetzt. Wir werden es schon ab dem 60. Lebensjahr ermöglichen, eine Altersrente auch als **Teilrente** bei paralleler Teilzeitbeschäftigung in Anspruch zu nehmen. Wir wollen sowohl den Versicherten, als auch den Unternehmen und tariflichen Fonds die Möglichkeit gegeben, mit zusätzlichen Beiträgen zur Rentenversicherung bei einem früheren Rentenzugang die Abschläge zu reduzieren, oder **Zuschläge zur Rente** zu erwerben und so den Schutz im Alter oder bei Erwerbsminderung zu erhöhen. Wir wollen alle Möglichkeiten

nutzen, um die Arbeitswelt so zu verändern, dass alle Beschäftigten möglichst lange gesund am Arbeitsleben teilhaben können. Deutlich leistungsgeminderte Arbeitslose über 60 Jahre erhalten einen Anspruch auf eine geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Voraussetzung für armutsfeste Renten sind existenzsichernde Löhne und eine möglichst ungebrochene Erwerbsbiographie – für Männer und Frauen. Wir wollen für langjährig Erwerbstätige das Risiko reduzieren, im Alter auf die Grundsicherung angewiesen zu sein. Um durch Niedriglöhne bedingte geringe Anwartschaften besser zu bewerten, werden wir das Instrument der **Rente nach Mindesteinkommen** bei langjährig Versicherten noch einmal für Beitragszeiten bis Ende 2010 verlängern. Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit werden wir begrenzt höher bewerten, wenn zum Zeitpunkt des Rentenzugangs weniger als 30 Entgeltpunkte vorhanden sind.

Wir wollen die **Bürgerversicherung** im Gesundheitswesen und der Pflege. Alle Einkommensarten sollen zur solidarischen Finanzierung der Gesundheitsaufgaben beitragen. Dazu wird der über Steuern finanzierte Anteil für die gesetzliche Krankenversicherung erhöht. Wir werden einen Risikoausgleich zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung einführen. Und wir werden dafür sorgen, dass der Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung – auch der bisherige Sonderbeitrag von 0,9 Beitragssatzpunkten – wieder paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen wird.

Wir wollen auch in Zukunft keine Zwei-Klassen-Medizin, sondern eine **gute Versorgung, zu der alle Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen den gleichen Zugang haben**. Unser Ziel ist und bleibt, dass alle Menschen am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Dazu gehört eine wohnortnahe am-

bulante Versorgung durch niedergelassene Haus- und Fachärzte, die Sicherung der freien Arztwahl.

Mit einem **Präventionsgesetz** wollen wir die Vorsorge stärken. Eine leistungsfähige und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Gesundheitspolitik bedarf besserer und transparenterer Patientenrechte.

Wir wollen eine **menschenwürdige Pflege**. Darum werden wir die Hilfen der Pflegeversicherung zielgenauer auf die individuellen Bedürfnisse der Pflegebedürftigen ausrichten. Wir wollen weg von der „Minutenpflege“ hin zu einer Pflege, die den Menschen in seiner Gesamtheit wahrnimmt und den Hilfebedarf an dem Grad der Einschränkung der Selbstständigkeit ausrichtet. Wir werden wohnortnahe Unterstützungsangebote und die häusliche Pflege weiter stärken. Für nahe Angehörige wollen wir einen **bezahlten Freistellungsanspruch von der Arbeit** von bis zu 10 Tagen einführen, damit sie bei akut auftretender Pflegebedürftigkeit die nötige Zeit zur Organisation der Pflege zur Verfügung haben.

## 7. Familien stärken – Gleiche Chancen für jedes Kind ermöglichen

Wir müssen jungen Paaren **Sicherheit und Freiräume** geben, damit der Wunsch nach Kindern auch realisiert werden kann. Familien brauchen ein kinderfreundliches Umfeld und eine gute Unterstützungsinfrastruktur, die im Alltag entlastet und die Gewissheit gibt, mit ihrer Aufgabe nicht allein gelassen zu werden. Wir haben durchgesetzt, dass es ab 2013 für jedes Kind vom 1. Geburtstag an einen Rechtsanspruch auf Betreuung gibt. Dieser Rechtsanspruch soll zu einem **Anspruch auf Ganztagsbetreuung** ausgeweitet werden. Wir wollen eine Ver-

**besserung der Qualität der Kinderbetreuung.** Außerdem wollen wir die Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen, die Hilfe und Beratung für Eltern bieten.

Das **Elterngeld** wollen wir besser machen. Darum wollen wir die Zahl der Partnermonate von zwei auf vier („12+4-Modell“) erhöhen und den gleichzeitigen Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung und Elterngeld von sieben auf sechzehn Monate erweitern.

### **Kindergrundfreibetrag:**

#### **Alle Kinder sind uns gleich viel wert!**

Die finanzielle Förderung der Familien verläuft in Deutschland auf unterschiedliche Weise. Das Finanzamt prüft, ob für die Familie das Kindergeld oder die Nutzung des Kinderfreibetrags günstiger ist.

Der Kinderfreibetrag (zusammen mit einem Freibetrag für Betreuung, Erziehung und Ausbildung) wird jedoch vom Einkommen abgezogen. Da Besserverdienende einen höheren Steuersatz auf dieses zu versteuernde Einkommen zahlen, ist bei ihnen auch die Einsparung größer. Ehepaare mit einem Kind und einem Einkommen oberhalb von ca. 62.800 € erhalten durch die dann immer stärker entlastenden Kinderfreibeträge absolut mehr als Familien mit geringem Einkommen, für die das Kindergeld von 154 € günstiger ist.

Die SPD will, dass dem Staat alle Kinder gleich viel wert sind. Darum soll der Kinderfreibetrag in einen Kindergrundfreibetrag umgewandelt werden. Dieser stellt – wie auch der Freibetrag für Erwachsene – einen Grundsockel des Einkommens steuerfrei, der für alle gleich wirkt. Die ungerechte Wirkung des bisherigen Kinderfreibetrags wird so aufgehoben.

Alleinerziehenden wollen wir – neben dem bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung – mit gezielten Maßnahmen helfen.

Wir brauchen einen **Aktionsplan gegen Kinderarmut**. Kein Kind soll in Armut aufwachsen. Das ist leider noch nicht Realität. Zur Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen brauchen wir eine abgestimmte Politik zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Mit dem Schulstarterpaket, dem Kinderbonus und der Einführung und Anhebung des Regelsatzes in der Grundsicherung für die 6- bis-13-Jährigen haben wir viel erreicht. Wir wollen eigenständige, bedarfsgerechte Kinderregelsätze durch eine zielgenauere Bedarfsermittlung verbessern. Besonders wichtig ist: Gute Arbeit für die Eltern und gleiche Bildungschancen für die Kinder. Auch die Weiterentwicklung von Kinderzuschlag und Wohngeld helfen entscheidend, um Familien vor Armut zu schützen.

Wir wollen **Kinderrechte ins Grundgesetz** aufnehmen.

## 8. Die Soziale Gesellschaft im Wandel

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der man ohne Angst verschieden sein kann, in der alle frei und gleichwertig sind, mit gleichen Chancen und Möglichkeiten. Wir brauchen Akzeptanz, eine **Kultur der Anerkennung**. Diskriminierung bekämpfen wir. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Einwanderer haben mitgeholfen, unser Land erfolgreich zu machen. Jetzt ist es an der Zeit, mit ihren Kindern und Enkeln ein modernes, gemeinsames Deutschland zu schaffen. Dazu brauchen wir eine bessere Förderung und gleiche Chancen vor allem im Bildungssystem. Auch die Qualifikationen von Einwandererinnen und Einwanderern aus ihren Herkunftsländern wollen wir besser anerkennen.

Den **Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit** für Menschen, die in unserem Land geboren sind oder seit langem mit uns zusammenleben, wollen wir erleichtern. Doppelte Staatsbürgerschaft akzeptieren wir. Den Migrantenanteil im öffentlichen Dienst wollen wir erhöhen.

Wir wollen die UN-Konvention für die Rechte von **Menschen mit Behinderungen** umsetzen und damit erreichen, dass sie an unserer Gesellschaft gleichberechtigt aktiv teilhaben und einbezogen werden – so wie sie sind. Zur konkreten Umsetzung wollen wir alle Maßnahmen in einen Nationalen Aktionsplan bündeln. Teilhabe von Anfang an bedeutet, gemeinsames Leben und Lernen für alle von der Kita bis zur beruflichen Ausbildung und zum Studium zu ermöglichen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir einen Paradigmenwechsel zu gemeinsamer Erziehung und Bildung erreichen. Die Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderungen werden wir weiter verbessern. Wir wollen, dass mehr behinderte Menschen ihre benötigten Leistungen in größtmöglicher Selbstbestimmung als Geldbudget in Anspruch nehmen können. Die begonnene Vereinheitlichung des Rechts für Menschen mit Behinderungen wollen wir fortsetzen und langfristig ein Teilhabegeld einführen.

Der Sozialstaat braucht organisierte Solidarität – und Menschen, die füreinander eintreten, in Vereinen, Verbänden, Initiativen, Stiftungen und Freiwilligendiensten. Besonders ältere Menschen zeigen eine wachsende Bereitschaft, sich für das Gemeinwohl einzusetzen, Verantwortung für das Ganze zu übernehmen. Wir werden die Rahmenbedingungen und finanzielle Unterstützung für **Ehrenamtliche** weiter verbessern. Wir werden die Möglichkeiten der aktiven Arbeitsmarktpolitik stärker für gesellschaftlich sinnvolle Aufgaben in den Gemein-

den, z.B. bei Sport und Kultur nutzen. Wir wollen den Sport ins Grundgesetz aufnehmen.

Eine solidarische Bürgergesellschaft ist ohne den Einsatz von **Kirchen und Religionsgemeinschaften** nicht denkbar. Sie sind für uns zugleich wichtige Partner auf dem Weg zu einer humanen Gesellschaft und im ethischen Diskurs.

Wir wollen **mehr Mitwirkung und Mitbestimmung der Älteren in der Gesellschaft** und in der Politik. Wir werden generationenübergreifende Freiwilligendienste fördern und setzen uns für die Einrichtung von Seniorenbeiräten ein. Städtebauförderung, Stadtentwicklung, Wohnungsbau und soziale Infrastruktur werden wir stärker den Bedürfnissen einer älter werdenden Gesellschaft anpassen. Das Zusammenleben mehrerer Generationen unter einem Dach unterstützen wir.

Eingetragene **gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften** werden wir mit der Ehe gleichstellen und bestehende Benachteiligungen abschaffen.

Wir wollen die **soziale Stadt**. Zu einer sozialen Gesellschaft gehören starke und finanziell handlungsfähige Kommunen und eine gute **öffentliche Daseinsvorsorge**.

## 9. Die soziale Einheit vollenden

Vor 20 Jahren haben die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland den Fall der Mauer herbeigeführt. Die Menschen in beiden Teilen des Landes haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten große Solidarität gezeigt. Das Land ist zusammengewachsen.

Wir haben beim Aufbau Ost viel erreicht. Doch es bleibt weiterhin viel zu tun. Gleichzeitig ist Ostdeutschland vielfach auch Vorreiter und Vorbild für den Westen – zum Beispiel bei der Kinderbetreuung und dem Einsatz Erneuerbaren Energien.

Wir setzen auf eine an den Potenzialen Ostdeutschlands orientierte Investitions- und Innovationspolitik, die dem **Prinzip „Stärken stärken“** verpflichtet ist. Wir brauchen verstärkte Investitionen in nachhaltige Bereiche mit einem Vorrang für Innovationen in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sowie für eine gute Infrastruktur. Fachkräfte müssen wir in der Region halten und Jugendlichen Anreize bieten, nicht in andere Regionen abzuwandern.

Der **Solidarpakt II** ist und bleibt die wichtigste gesetzliche Grundlage für den Aufbau Ost. Er muss bis zum Jahr 2019 uneingeschränkt gelten. Die Investitionsförderung muss fortgesetzt werden.

Wir werden in der kommenden Legislaturperiode ein **einheitliches Rentensystem in Ost und West** durchsetzen.

## 10. Sicher leben in Deutschland

Sicherheit heißt Lebensqualität, sich frei und ohne Angst vor Gewalt und Kriminalität bewegen zu können. **Sicherheit ist ein öffentliches Gut.** Dieses Gut muss jedem Menschen im Lebensalltag garantiert werden. Egal, wie hoch sein Einkommen ist und in welchem Stadtteil er lebt. Sicherheit darf keine Ware werden. Eine Privatisierung von staatlichen Sicherheitsaufgaben lehnen wir ab.

Um Sicherheit für alle zu schaffen, reicht es nicht, Kriminalität zu bekämpfen. Wir müssen auch ihre **Ursachen beseitigen.** Es



gibt einen Zusammenhang zwischen Armut, Chancenlosigkeit und Kriminalität. Wer ihn leugnet und nur höhere Strafen fordert, erreicht das Gegenteil von Sicherheit. Wir ächten jede Form von Gewalt und setzen auf präventive Maßnahmen gegen Jugendgewalt. Werden Jugendliche kriminell, muss die Sanktion der Tat „auf dem Fuß“ folgen.

Wir wollen, dass **weniger Waffen in privater Hand** sind und den Zugang zu ihnen deutlich erschweren. Die Kontrollen von Sportschützen und Jägern, die Waffen privat aufbewahren, werden wir verschärfen, die Anforderungen an die private Aufbewahrung erhöhen und den Ordnungsbehörden mehr Möglichkeiten geben, die Einhaltung dieser Vorschriften zu überwachen.

Sexueller Gewalt gegen Kinder und Kinderpornographie sagen wir den Kampf an – mit Hilfe des Strafrechts und auch im Internet. Wenn nötig, müssen Kinder auch vor ihren Eltern geschützt werden.

Der Schutz der eigenen Daten und das **Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung** gewinnen in der digitalen Welt noch an Bedeutung. Der Datenschutz muss weiterentwickelt werden.

Unsere Gesetze müssen in allen Teilen der Gesellschaft befolgt und durchgesetzt werden. Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung sind keine Kavaliersdelikte. Wir brauchen spezialisierte Staatsanwaltschaften und eine bessere personelle und sachliche Ausstattung der Justiz.

Die SPD hat die Voraussetzungen einer **effektiven Terrorismusbekämpfung** kontinuierlich verbessert. Zum Schutz der Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger haben wir die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden klar begrenzt und an enge

Voraussetzungen geknüpft. Wir bleiben bei der klaren Trennung von Polizei und Geheimdiensten im Sinne des Trennungsgebotes. Den Einsatz der Bundeswehr im Inneren zur Gefahrenabwehr lehnen wir ab.

## 11. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Umwelt und Natur

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen sind ein öffentliches Gut, das geschützt werden muss. Darum werden wir eine **Investitionsoffensive Naturschutz** starten. Der Naturschutz muss in den nächsten Jahren weiter deutlich verstärkt werden. Eine SPD-geführte Bundesregierung wird das von der Union verhinderte **Umweltgesetzbuch** auf den Weg bringen. Davon profitiert nicht nur die Natur, sondern auch die Wirtschaft.

Wir brauchen klare Regeln, um Gesundheitsschäden durch bedenkliche Produkte zu vermeiden. Hierzu werden wir Grenzwerte verschärfen. Die Förderung neuer Produkte werden wir auch an ihrer Recyclingfähigkeit und der Recyclingbereitschaft der Produzenten ausrichten.

Wir werden die Anreize für **schadstoffarme Fahrzeuge** ausweiten. Zudem werden wir das Lärmschutzprogramm des Bundes für Straßen und Schienenstrecken weiter ausbauen und die Betroffenen von Fluglärm durch Schallschutz an ihren Gebäuden entlasten. Um die Feinstaubbelastung zu vermindern, werden wir die Emissionsgrenzwerte für Stickoxide und Staub in Industrie und Gewerbe absenken.

## 12. Kultur und Medien

Kultur ist elementare Basis unserer demokratischen Gesellschaft. Wir werden **Kultur als Staatsziel im Grundgesetz** verankern.

Ohne den Beitrag der Kultur sind politische Zukunftsaufgaben nicht zu lösen. Der **kulturelle Dialog** ist zudem die Grundlage von internationaler Verständigung und wirtschaftlichem Austausch. Wir werden eine breit angelegte Initiative für die kulturelle Bildung von der frühkindlichen Erziehung an starten. Die Förderung öffentlicher Kulturinstitutionen sollte an kulturelle Bildungsangebote geknüpft werden.

Die SPD wird auch in Zukunft das Gespräch mit und den Rat von Künstlerinnen und Künstlern suchen. Die Kultur- und Kreativwirtschaft wollen wir in einem besonderen Maße fördern und schlagen einen **Kreativpakt zwischen Politik, Wirtschaft, Künstlern und Kreativen** vor, in dem wirtschaftliche Fragen, Fragen der sozialen Sicherung, der Bildung und der Teilhabe gemeinsam erörtert werden. Die Künstlersozialversicherung (KSV) als ein weltweit einzigartiges Modell werden wir erhalten und weiter stärken. Wir setzen uns für Tarifverträge und soziale Mindeststandards auch im Kultur- und Medienbereich ein und werden die Förderung des Bundes an die Einhaltung dieser Mindeststandards knüpfen.

**Geistiges Eigentum** muss angemessen vergütet und geschützt werden. Das Urheberrecht und das Urhebervertragsrecht sollen in der digitalen Welt ein angemessenes Einkommen aus der Verwertung geistigen Eigentums ermöglichen. Wir prüfen die Einführung einer Kultur-Flatrate.

### 13. Mehr Demokratie wagen

Vor 40 Jahren hat Willy Brandt gefordert: Mehr Demokratie wagen. Heute brauchen wir Mehr Demokratie wagen – Teil zwei.

Wir wollen **Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundesebene** ermöglichen und dabei die Erfahrungen in den Ländern berücksichtigen. Für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger, die seit 6 Jahren in Deutschland leben, werden wir das kommunale Wahlrecht durchsetzen.

Die NPD ist eine Partei, die den Nationalsozialismus offen verherrlicht und eine aggressiv-kämpferische Grundhaltung gegenüber unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufweist. Deshalb muss das **Verbot der NPD** angestrebt werden.

Wir wollen die **Bundesprogramme für den Kampf gegen Rechtsextremismus** verstetigen und in der nächsten Legislaturperiode eine Bundesstiftung aufbauen, um so die notwendige Arbeit der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus zu bündeln. Dabei setzen wir bewusst auf die Vielfalt der Aktivitäten und Initiativen vor Ort.

### 14. Für eine globale Verantwortungsgemeinschaft

Die Globalisierung der Märkte verlangt nach **politischer Globalisierung**, nach gemeinsamer politischer Gestaltung und fairen Regeln. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise eröffnet neue Möglichkeiten zur politischen Neuordnung der weltweiten Finanzarchitektur. Unser Ziel: Kein Markt,

kein Akteur, kein Staat und Territorium, kein Produkt darf unbeaufsichtigt bleiben!

Gemeinsam müssen wir Regeln für eine globale Verantwortungsgemeinschaft entwickeln, die verlässlich und stabil, gerecht und solidarisch ist. Wir wollen eine **starke UN** und unterstützen den eingeleiteten Reformprozess. Deutschland ist bereit, international noch mehr Verantwortung zu übernehmen, auch im Sicherheitsrat. Wir wollen die G8 um wichtige Schwellenländer erweitern. Langfristig verfolgen wir den Plan für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik.

Die Menschenrechtsschutzsysteme der Vereinten Nationen, der EU und des Europarates wollen wir weiter stärken. Wir setzen uns besonders für die Stärkung der Rechte von Frauen und Kindern ein.

Unsere besondere Aufmerksamkeit muss den Ärmsten gelten. Deshalb wollen wir unser entwicklungspolitisches Engagement verstärken und unsere Fähigkeiten in den Bereichen Konfliktprävention, Krisenbewältigung und Friedenskonsolidierung weiter ausbauen.

Wir wollen alles tun, um die **Milleniums-Entwicklungsziele** bis zum Jahr 2015 zu erreichen. Wir stehen zu unserer Zusage, bis 2010 0,51 Prozent und bis 2015 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die weltweite Bekämpfung von Armut und Hunger zur Verfügung zu stellen. Wir setzen uns für ein Abkehr vom globalen Ungleichgewicht zwischen Rüstungs- und Entwicklungsausgaben ein. Auch in Zukunft wollen wir, dass die Entwicklungszusammenarbeit kohärent in einem eigenständigen Entwicklungsministerium gesteuert wird.

Im Rahmen der WTO-Entwicklungsrunde muss den armen Ländern eine bessere Teilhabe am Welthandel ermöglicht und die Agrarexportsubventionen müssen beendet werden. Soziale und ökologische Mindeststandards sollten verbindlich in das Regelwerk der WTO aufgenommen werden.

Wir wollen Entwicklungsländer beim Zugang zu moderner nachhaltiger Energieversorgung unterstützen. Die Herstellung von Agrartreibstoffen darf die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln nicht gefährden.

## 15. Ein starkes und soziales Europa

Wo die Gestaltungskraft der Nationalstaaten an Grenzen stößt, kann und muss ein in Solidarität geeintes Europa den Primat demokratischer Politik gegenüber dem freien Spiel der Marktkräfte durchsetzen. Darum wollen wir, dass der **Vertrag von Lissabon** bald in Kraft tritt. Durch ihn wird die EU demokratischer, handlungsfähiger, bürgernäher und auch sozialer. Wir wollen Europa langfristig zu einer demokratisch verfassten Bürgerunion weiterentwickeln.

Wir wollen das **Soziale Europa** schaffen. Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion muss durch eine europäische Sozialunion ergänzt werden. Wir wollen **europäische soziale Mindeststandards** vereinbaren. Wir brauchen einen europäischen sozialen Stabilitätspakt. Er soll Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben festlegen. Als zweites Element fordern wir, dass in allen EU-Mitgliedstaaten Mindestlohnregelungen gelten.

Sollte der soziale Stabilitätspakt nicht bei allen EU-Mitgliedsstaaten Unterstützung finden, könnte eine fortschrittswillige Kerngruppe vorangehen.

Wir treten für eine **soziale Fortschrittsklausel** im EU-Recht sowie für eine Überarbeitung der EU-Entsenderichtlinie ein. In ganz Europa muss gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

Die **Mitbestimmung** der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieb und Unternehmen wollen wir europaweit stärken und die Rechte der europäischen Betriebsräte weiter ausbauen.

Wir wollen auch in Europa gegen Steuerdumping vorgehen. Wir treten deshalb für eine einheitliche Bemessungsgrundlage und Mindestsätze bei den Unternehmenssteuern in Europa ein.

Gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise brauchen wir einen qualitativen Schritt hin zu einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik. Wir wollen eine Offensive für kleine und mittlere Unternehmen, das Handwerk und verstärkte Investitionen in Forschung und Entwicklung.

Für **öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge** wollen wir mehr europäische Rechtssicherheit schaffen. Sie dürfen nicht einem einseitigen Zwang zur Liberalisierung und Privatisierung ausgesetzt werden.

Wir wollen die Identität Europas als **globale Friedensmacht** weiter stärken, die Verantwortung für Frieden und Entwicklung in der Welt übernimmt, die Menschenrechte und das Völkerrecht durchsetzt, Demokratie und einen Dialog der Kulturen fördert und sich für soziale und ökologische Standards in der globalisierten Wirtschaft einsetzt.

Die EU-Erweiterungspolitik wollen wir als erfolgreiche Friedenspolitik fortführen. Wir unterstützen einen EU-Beitritt der Türkei, wenn diese die erforderlichen Kriterien voll erfüllt.

## 16. Weltweit für Frieden und Abrüstung

Sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik hat unser Land geprägt – von der Entspannungspolitik Willy Brandts bis zu Gerhard Schröders Nein zum Irak-Krieg.

Mit dem Amtsantritt von Barack Obama ergibt sich die Chance einer **Erneuerung der transatlantischen Partnerschaft**. Wir wollen diese Chance nutzen, um neue Impulse bei der Abrüstung zu setzen, Klimaschutz und Energiesicherheit zu befördern und gemeinsam neue Regeln für eine gerechtere Weltordnung zu entwickeln. Wir plädieren für einen gemeinsamen Raum der Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok, in dem NATO und Russland vertrauensvoll zusammenarbeiten.

**Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sind für uns zentrale Überlebensfragen von morgen.** Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Wir wollen, dass alle substrategischen Nuklearwaffen aus Europa vollständig abgezogen werden. Das gilt auch für die noch in Deutschland verbliebenen Nuklearwaffen. Den Vertrag über konventionelle Abrüstung in Europa (KSE) wollen wieder beleben und erneuern. Wir stehen zu einer restriktiven Rüstungskontrollpolitik. Rüstungsexporte in Krisengebiete und eine Aufweichung der rüstungsexportpolitischen Grundsätze lehnen wir ab. Die bisherigen amerikanischen Pläne für einen Rakenschirm werden von uns deshalb abgelehnt.

Gemeinsam mit unseren Partnern haben wir unsere Afghanistan-Strategie überarbeitet, Ziele klarer definiert. Wir werden



das deutsche Engagement in Afghanistan weiterhin konstruktiv und kritisch begleiten. Afghanistan darf nicht wieder zum Zufluchtsort für Terroristen werden. Die elementaren Menschenrechte müssen gewahrt sein. Je schneller wir diese Ziele erreichen, desto schneller können wir unser militärisches Engagement in Afghanistan beenden.

Internationale Einsätze der Bundeswehr können für uns nur das äußerste Mittel sein, wenn andere Instrumente zur Sicherung des Friedens und zum Schutz der Menschen keine Lösung herbeiführen können. Die Einsätze der Bundeswehr müssen durch ein Mandat des UN-Sicherheitsrates sowie einen konstitutiven Beschluss des Deutschen Bundestages legitimiert und in ein politisches Gesamtkonzept integriert sein. Wir streben an, zum Dienst in den Streitkräften künftig nur noch diejenigen einzuberufen, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr leisten zu wollen.

### **III. Eine solidarische Mehrheit**

In diesem Jahr stellt Deutschland die Weichen für das nächste Jahrzehnt.

Unser Land braucht wieder eine klare Führung: eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung.

Wir wollen am 27. September als stärkste Fraktion in den Bundestag ziehen. Deutschland darf nicht wieder Schwarz-Gelb regiert werden. Unser Land braucht nicht die Rückkehr zum Alten, sondern den Aufbruch zum Besseren.

In einer Koalitionsregierung wollen wir unsere sozialdemokratischen Inhalte durchsetzen. Dies gelingt am besten in ei-

nem Regierungsbündnis mit den Grünen. Falls eine Dreier-Koalition notwendig wird, halten wir eine Ampelkoalition mit der FDP für geeignet, die anstehenden Aufgaben – Arbeit schaffen, soziale Sicherheit garantieren, gesellschaftlichen Fortschritt gestalten – erfolgreich anzupacken.

Die Große Koalition von SPD, CDU und CSU ist in der Demokratie der Ausnahmefall und sollte es bleiben. Darum streben wir kein neues Bündnis mit der Union an. Wenn andere Konstellationen aber nicht möglich sind und unserem Land die Regierungsunfähigkeit droht, werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unsere Verantwortung kennen und danach handeln.

Ein Bündnis mit der Partei „Die Linke“ schließen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf Bundesebene für die gesamte nächste Legislaturperiode aus. Wir werden auch keine Minderheitsregierung bilden, die von der Linkspartei geduldet wird. Unser Land braucht in der schwierigen Zeit, die vor uns liegt, Stabilität und Erfahrung. Beides kann die Linkspartei nicht gewährleisten.

Wir sind für die kommenden Jahre gut gerüstet.  
Mit frischen Ideen und Mut zum Handeln.

**Und wir haben den besseren Kanzler:  
Frank-Walter Steinmeier.**





Herausgeber:

SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

Artikel-Nr.: 390 16 26

Druck:braunschweig-druck GmbH, 38112 Braunschweig, Ernst-Böhme-Str. 20

**[www.spd.de](http://www.spd.de)**

**[www.wahlkampf09.de](http://www.wahlkampf09.de)**

